

Presseinformation

Verunsicherungen müssen aufhören

„Wenn immer wieder Mitarbeiter des Wasser- und Abwasserzweckverbandes Arnstadt (WAZV) Bürgern mitteilen, es gäbe in Thüringer keine Möglichkeit der zinslosen Stundung mehr, belegt das erneut, dass offenbar bewusst eine ständige Verunsicherung von Beitragspflichtigen durch den Zweckverband erwogen wird“, kritisiert Frank Kuschel, Vertreter der LINKEN im Bürgerbündnis für „Gebührengerechtigkeit“.

Derartige Verunsicherungen sollten unterbleiben, fühlen sich doch bereits jetzt viele Beitragspflichtige wegen der Geldforderungen des Zweckverbandes unter Druck gesetzt.

Der Bürgermeister der Stadt Arnstadt, Hans-Christian Köllmer, hat in der Stadtratssitzung am 14. Februar 2008 auf Nachfrage klargestellt, dass der WAZV völlig unabhängig vom Handeln des Landes auch künftig zinslose Stundungen für Abwasserbeiträge gewähren wird. Die Verbandsversammlung soll am 13. März 2008 hierzu noch formell die notwendigen Beschlüsse fassen. Selbst dem Bürgermeister ist es unerklärlich, weshalb bei dieser Sachlage die Mitarbeiter des Zweckverbandes weiterhin Stundungsanträge der Bürger zurückweisen.

Der Verband hat in diesem Zusammenhang erklärt, dass es eine mündliche (!) Information der zuständigen Kommunalaufsicht gibt, wonach das Land keine Gelder mehr für die zinslose Stundung von Abwasserbeiträgen bereitstellt.

Frank Kuschel, der als Landtagsabgeordneter der LINKEN, auch Mitglied des Landtagshaushaltsausschusses ist, kann eine solche Aussage nicht nachvollziehen. Im Landeshaushalt 2008/2009, der erst im Dezember 2007 beschlossen wurde, sind Gelder für die Zinsbeihilfe für Abwasserbeiträge eingestellt. Jedoch könnte es sein, dass die Mittel bereits in den Vorjahren verausgabt wurden.

Frank Kuschel hat sich deshalb an die Landesregierung gewandt. In der Landtagssitzung am 28. Februar 2008 muss die Landesregierung zu dieser Sache nun Rede und Antwort stehen.

„Doch selbst diese Unklarheit rechtfertigt keinesfalls, dass der Zweckverband bei den Bürgern neue Ängste schürt“, so Frank Kuschel.

Das Bürgerbündnis nimmt Bürgermeister Köllmer beim Wort, wonach der Zweckverband auch weiterhin zinslose Stundungen gewährt. Alles andere wäre inakzeptabel und würde neue Konfliktpotentiale erzeugen.